

Umv.
Bibliothek
Bochum

Wird 1968 das Jahr der großen Reform?

ZGE 8-1968

BOCHUM. (BSZ) — Die beherrschende Frage dieses Jahres für die Ruhr-Universität wird sein, ob sie eine und welche Verfassung sie erhält. Es besteht durchaus die Chance, daß von einer solchen Entscheidung ähnliche Impulse ausgehen wie vergleichsweise von der Gründung der Freien Universität Berlin nach dem Krieg: die Angehörigen der RU könnten das Ende der Nachkriegszeit in den westdeutschen Hochschulen einläuten.

Zwar hat sich die Verfassungskommission für den Weg der redaktionellen Änderung des vorläufigen Textes entschieden. Dennoch hat die Studentenschaft durch ihren Vertreter den Vorbehalt aufrechterhalten, daß die vorläufige Verfassung nicht demokratisch zustande gekommen ist, sie demnach nicht als Ausgangspunkt der Diskussion zu nehmen ist.

Der Rektor ist offenbar gewillt, die Beratungen nicht in Verzug kommen zu lassen. Verfassungsvorschläge soll die Kommission bis zum 28. Februar annehmen. Alle akademischen und studentischen

Organe sind aufgerufen. Das Studentenparlament hat sich den Termin bis zum 30. Januar gesetzt. Der Abteilungssprecher Philologie hat den Vorstand der Studentenschaft zu schnellen Beratungen mit den Fachschaften gedrängt.

Seit dem Vorschlag Zöpel (öffentliche Diskussion des Vorlesungstableaus), dem Berufungstreik der Sozialwissenschaftler (Fall Kesting), der Berufungsvorlage von Prof. Biedenkopf, neuerlich der Rektoren-Erklärung vom 6. Januar beschleunigt sich die Entwicklung im Geschwindigkeit. Der Studentenschaft muß auch an einer schnellen und entschlossenen Beratung gelegen sein, will sie über den Landesverband weiterhin entscheidenden Einfluß auf das Hochschulgesetz für NRW nehmen.

In der Professorenschaft ist ebenfalls ein allmählicher Differenzierungsprozeß zu beobachten. Die Solidarisierung der Juristen Prof. Dilcher und Prof. von Münch mit studentischen Vorstellungen von direkter Mitbestimmung, die hochinteressante Diskussion darüber am

10. Januar läßt auf leidenschaftliche künftige Auseinandersetzungen schließen.

Wie Prof. Dilcher in einem Gespräch mit der BSZ mitteilte, soll über die Frage der paritätischen Mitbestimmung eine Arbeitsgruppe gebildet werden, die einen Vorschlag formuliert. Dieser soll eine „Marke sein, hinter die die Verfassung nicht zurück kann.“ Prof. Dilcher steht gelassen den Argumenten gegenüber, daß Studenten zu direkter Willensbildung und Entscheidungsvollkommenheit in akademischen Gremien nicht reif seien und beruft sich dabei auch auf die guten Erfahrungen in der juristischen Fachschaft.

Die nächste öffentliche Diskussion unter dem Thema „Bochumer Reform auf dem Holzweg?“ findet am 24. Januar statt. Die Senatskommission für Studentenschaftsfragen und das Studentenparlament laden dazu ein. Auf dem Podium streiten miteinander und mit dem Auditorium die Professoren Heckhausen und Faillard, die Assistenten Frese und Naendrup, die Studenten Dröge und Zöpel.
A. W. Michael



Unbegründet heiter scheint sich hier Fernsehregisseur Peter Lilienthal zu zeigen. Im Hintergrund links liegt nämlich ein Opfer eines „Verbrechens mit Vorbedacht“ (zu unserem Bericht über das Wochenendseminar des Studienkreis Film im Innenteil dieser Ausgabe).
Foto: Mara Eggert — SFB

Endlich eine Dame im Vorstand

BOCHUM. (BSZ) — Zum Vorsitzenden der Studentenschaft wählte das Parlament den Jurastudenten Reinhard Zimmermann, 22 Jahre. Zimmermann war schon in der früheren Fachschaftsvertreterversammlung, ist Mitglied des SHB, der ABS und im ESG-Team. Als seine Stellvertreter bestätigte das Parlament Frl. Carla Boulboulé, ebenfalls SHB, und Stephan Bock, SDS.

Frl. Boulboulé machte als Studentin der Sozialwissenschaft erstmals während der Vorfälle um die Berufung des Dr. Kesting auf sich aufmerksam. Sie ist die erste Dame im Vorstand der Studentenschaft. Stephan Bock war bisher bei allen Protestdemonstrationen dabei. Der vierte Mann im Vorstand muß noch gewählt werden.

Zimmermann möchte dafür Herrn Stankowski gewinnen, der früher verschiedene Kunstausstellungen im Haus Michael organisiert und im letzten Semester die „Teestube“ eingerichtet hatte und zuletzt im KSG-Team war, um das es bekanntlich politische Auseinandersetzungen gegeben hatte.

Die Vorstandsneuwahlen — die dritten seit den Wahlen im Juli — waren notwendig geworden, nachdem Ulrich Kurowski sich einer entschlossenen Minderheit erst in der eigenen Gruppe und dann im Parlament gegenüberstand und daraufhin sein Amt zur Verfügung stellte. In den ersten beiden Wahlgängen vor Weihnachten konnte sich keiner der beiden neuen Kandidaten — Breland und Zimmermann — zunächst durchsetzen. Erst nachdem eine Mitgliederversammlung des SHB Michael Breland zum Verzicht zwang, kam Zimmermann im dritten Wahlgang mit 19 Stimmen durch. (Siehe auch: „SHB selbstkritisch“ und „Vorstandswahl als Klassenkampf“).



... gleich hinter der Mensa

Woher die Arbeitswut?

Belegen Studenten zu viele Wochenstunden?

BOCHUM. (BSZ) — Belegen Ruhr-Studenten mehr Vorlesungen, Übungen und Seminare als sie in der Regel besuchen können? Wie Herr Gesthuysen vom Sekretariat der BSZ mitteilte, habe er die Beobachtung gemacht, daß rund 50 Prozent derjenigen, die einen Antrag auf Studienförderung nach dem Honnefer Modell gestellt haben, bis zu dreißig Wochenstunden und mehr in ihren Semesterplänen ausweisen.

Wie die BSZ bereits meldete, haben rund 40 Prozent aller ordentlichen Studierenden den Gebührenerlaß beantragt. Die Universität kann aber nur 30 Prozent des

gesamten Gebührenaufkommens erlassen. Je höher somit die durchschnittliche Wochenstundenzahl ist, desto weniger Studenten kommen in den Genuß des Gebührenerlasses. Einen Rechtsanspruch haben die Honnefer-Geförderter. Die übrigen müssen leer ausgehen. Die BSZ bittet ihre Leser um Hinweise, weshalb so viele Wochenstunden belegt werden! Erfahrungsgemäß ist die obere Leistungsgrenze bei 20 Stunden erreicht. Liegt es an den empfohlenen Studienplänen, daß mehr belegt werden? Oder ist es die ungenügende Beratung der Studienanfänger? Oder was sonst? — Schreiben Sie uns!

Kapazität überfordert

BOCHUM. (BSZ) — Die Studentenzahlen an der Ruhr-Universität wachsen schneller als die Ausbildungskapazitäten. Nach einer Hochrechnung, die die Universitätsverwaltung durchgeführt hat, werden bis zum Sommersemester 1970 12.400 ordentliche Studierende erwartet. Dagegen soll bis zu diesem Zeitpunkt erst eine normale Kapazität von rund 7400 Studierenden erreicht sein.

Professor Wenke ante portas

BOCHUM. (BSZ) — Der ehemalige Vorsitzende des Gründungsausschusses der RU, Prof. Dr. Hans Wenke, ist im Vorlesungsverzeichnis für das SS 68 mit einer Lehrveranstaltung angekündigt. In Hamburg ist es wegen Wenke bekanntlich zu einem ersten Konflikt zwischen Universitätsleitung und Studentenschaft gekommen.

In der November-Ausgabe der Hamburger Studentenzeitschrift „auditorium“ war ein Artikel erschienen, „Wenke — oder die Unmöglichkeit einer Rezension“. Darin hieß es u. a., „Wenkes Darlegungen könnte man in positiver Übertreibung eine pädagogisierende Kameralistik nennen, wobei jenes, was dereinst so treffend ‚Polizeiwissenschaft‘ hieß, im Mittelpunkt steht: Problemen wie Ressortfragen, Bestallungsordnungen, Richtlinien und Verordnungen werden pedantisch hin und her gewendet. Den Begriff ‚Kulturpolizei‘ nennt Wenke heute zwar seltsam, nicht jedoch die Sache, denn er ist deren Inkarnation...“

Bleibt zu konstatieren die totale Verschulung des Wenkeschen Hauptseminars, seine perfekte Technik, kritische Äußerungen zu ignorieren, im Keim zu ersticken oder lächerlich zu machen. Jede Frage, die Wenke stellt, lügt bereits, denn er will immer nur das wissen, was er schon weiß.“

Prof. Wenke ist Ehrensensator der RU. Das SP empfahl nach den Hamburger Vorfällen dem Senat erneut, diese Ernennung zu überprüfen. Da einige Senatoren die Angelegenheit aber eher für einen „Fall Oberlehrer“ (der den Artikel schrieb) hielten, wurde der Antrag an die Studentenschaftskommission verwiesen.

Prof. Wenke ist aber nicht nur Ehrensensator, sondern wurde im September

auch noch zum Honorarprofessor ernannt. Fast unbemerkt — offenbar hatte man den Protest der Studentenschaft vom Frühjahr letzten Jahres noch zu gut in Erinnerung, der eine offene Ehrung verhinderte — wurde dieser Entschluß im Abschlussbericht des früheren Rektors Greeven bekanntgegeben. Die Pressestelle hatte offiziell nichts verlauten lassen...
u. b. k.

Konten wieder spesenfrei

BOCHUM. (BSZ) — Inhaber von Studentenkonten bei der Westfalenbank wunderten sich: beim Jahresabschluss fanden sie ihr Guthaben mit 30 Pfennig pro Auszug Verwaltungsgebühr belastet. Die BSZ ging der Sache nach und erfuhr, daß bei der Umstellung der Buchungen auf moderne Datenverarbeitungstechnik mitten im Jahr dieser Spensatz ins Programm eingegeben worden sei, ohne daß allerdings die Kunden davon unterrichtet wurden. Man habe die Studenten jedoch nicht überfahren wollen, wurde uns versichert.

Im Gegenteil: der Vorstand der Westfalenbank habe gleich nach den ersten Anfragen den Beschluß gefaßt, generell und in vollem Umfang diese Posten

wieder zu vergüten. Allerdings müßten die Rückbuchungen manuell vorgenommen werden, daher könne das nur innerhalb der nächsten Tage nach und nach geschehen. Die Westfalenbank bat die BSZ, bei den Studenten um Verständnis zu werben.

Bei der Gelegenheit erfuhren wir, daß offenbar die Nähe der Zweigstellen dazu verleitet, lieber öfter kleine Beträge abzuheben: das Personal habe rund 80.000 Kontenbewegungen allein für Studenten zu registrieren. Demgegenüber sei das Umsatzvolumen jedoch unverhältnismäßig. Dennoch will die Westfalenbank die Studentenkonten weiterhin vorläufig spesenfrei führen.

Schüler und Studenten sollen Millionen Steuern bezahlen

BOCHUM. (BSZ) — Weil sie sonst Abwanderungen befürchte, hat die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG die Fahrpreise nicht allgemein erhöht, sondern Lehrlingen keine Vergünstigungen mehr eingeräumt, Schüler- und Studentenzeitkarten um mehr als 20 Prozent erhöht. Damit liegen die Bochumer Verkehrsbetriebe an der Spitze. Essen und Dortmund haben ihre Schüler- und Studentenpreise nicht erhöht.

Die BoGeStra begründete ihren Schritt mit der Einführung der Mehrwertsteuer. Statt bisher 80.000 DM habe sie nunmehr rund 2 Mio. DM Steuern abzuführen. Der Vorstand der Studentenschaft hat beim Oberbürgermeister und beim Vorstand der AG scharf gegen die Fahr-

preiserhöhung protestiert, ohne in den Verhandlungen etwas zu erreichen; die Einführung einer Monatskarte wäre zwar gegenüber den normalen Monatskarten billiger, kostet aber ebensoviel wie vier 6-Tage-Karten. Die Forderung nach reduzierten Einzelfahrscheinen wurde abgelehnt. Das Parlament hat über einen Verkehrsstreik beraten.

Nach Schätzungen sind 37 Prozent der aus Dortmund, 53 Prozent der aus Essen und 31 Prozent der aus Bochum kommenden Studierenden auf die Nahverkehrsmittel angewiesen (Eisenbahn und Bus). Wir bitten diese Studenten dringend, uns zu schreiben, kurz ihre Situation zu schildern und Preisbeispiele zu nennen!

Ein Viertel Studentinnen

BOCHUM. (BSZ) — Für das Wintersemester 1967/68 haben sich insgesamt 6054 Hörer einschreiben lassen. Davon sind 5418 ordentliche Studierende (einschließlich 167 Ausländern), 428 Beurlaubte und 208 Gasthörer.

Der Anteil der Studentinnen beträgt rund ein Viertel. Genau 76,15 Prozent der Studentenschaft ist männlichen, 23,85 Prozent weiblichen Geschlechts.

Von den ordentlichen Studierenden waren 1357 Erstsemester, das heißt etwas mehr als 25 Prozent.
(Eine Statistik der Sozialstruktur der Studentenschaft und der belegten Hauptstudienfächer im Inneren der Zeitung.)

Röntgen nachholen

BOCHUM. (BSZ) — Etwa 1000 Studenten hätten sich nicht röntgen lassen, teilte Herr Gesthuysen vom Sekretariat der Universität der BSZ mit. Von Studierenden des 1., des 5. und des 9. Semesters wird verlangt, daß sie sich untersuchen lassen. Diese Maßnahme dient der Vorbeugung gegen Tbc-Krankheiten, mithin der Vorbeugung gegen Infektionen. In der Regel wird von der Universität eine kostenlose Röntgenuntersuchung angeboten. Diejenigen, die sie jedoch versäumt haben, werden aufgefordert, sie nun auf eigene Rechnung nachzuholen, weil sonst die Rückmeldung zum nächsten Semester nicht angenommen wird.



Durst löscht man mit Schlegel



DR. HAMMER

Mayonnaise

je öfter-je lieber!

SHB selbstkritisch

BOCHUM. (BSZ) — Zu vorsichtiger Selbstkritik findet offenbar der 90 Mitglieder starke Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), der nach den Studentenvahlen im Juli und seinem Wahlerfolg (23 Prozent Zweitstimmen) die Führung in der Studentenschaft beansprucht, bisher aber innerhalb kurzer Zeit drei Studentenschaftsvorsitzende wählen lassen mußte. Die Selbstkritik geht aus einem internen Rundschreiben hervor. Die vielfältigen Engagements in den Organen der Studentenschaft habe „negative Auswirkungen auf Funktionsfähigkeit und Stabilität der Gruppe sichtbar“ gemacht, heißt es darin. „Subjektive Interessen unterwerfen die Gruppe . . . einer Zerreißprobe, die sie daran hindert, über sachliche Fragen und praktische Tätigkeiten der Hochschul- und Gesellschaftspolitik . . . zu diskutieren und zu entscheiden.“

Struktur der Studentenschaft

Berufe der Väter

37,23% (im SS 36,8%) Angestellter
23,53% (im SS 23,9%) selbstständig
18,23% (im SS 18,2%) Beamter i. höheren u. gehobenen Dienst
6,67% (im SS 6,9%) Beamter i. mittleren u. einfachen Dienst
6,36% (im SS 6,4%) Facharbeiter
4,77% (im SS 4,4%) angelernte u. sonst. Arbeiter
0,99% (im SS 1,3%) Werkmeister
2,22% (im SS 2,1%) ohne Angaben

Belegt haben als Hauptstudienfach:

| Studenten: | |
|--------------------------------------|-------|
| 1. Wirtschaftswissenschaft | 1 108 |
| 2. Rechtswissenschaft | 886 |
| 3. Germanistik | 631 |
| 4. Anglistik | 498 |
| 5. Soziologie | 341 |
| 6. Mathematik | 331 |
| 7. Psychologie | 327 |
| 8. Medizin | 247 |
| 9. Romanistik | 243 |
| 10. Geschichte | 142 |
| 11. Kath. Theologie | 136 |
| 12. Evangelische Theologie | 95 |
| 13. Pädagogik | 84 |
| 14. Klassische Philologie | 76 |
| 15. Geographie | 69 |
| 16. Philosophie | 47 |
| 17. Kunstgeschichte | 32 |
| 18. Leibübungen | 28 |
| 19. Japanologie | 17 |
| 20. Chemie | 11 |
| 21. Physik | 9 |
| 22. Sinologie | 9 |
| 23. Archäologie | 6 |
| 24. Publizistik | 4 |
| 25. Vergleichende Sprachwissenschaft | 3 |
| 26. Elektrotechnik | 2 |
| 27. Geologie | 1 |

JURISTISCHE LEHRGÄNGE

ALPMANN UND SCHMIDT

44 Münster, Postfach 3

Wir führen seit Jahren einen

Klausurenkurs

durch. Wöchentlich drei Examenklausuren (BGB, StGB, öffentliches Recht) mit Musterlösungen nach dem neuesten Stand von Rechtsprechung und Literatur.

Preis: DM 18,50 ohne Korrektur, DM 29,50 mit Korrektur.

Sie haben die Möglichkeit, einen Monat kostenlos an unserem Klausurenkurs teilzunehmen.

In unseren

Skripten

werden anhand von Fällen die wichtigsten Rechtsgebiete behandelt. Zur Zeit sind lieferbar:

| | |
|---------------------------------------|----------|
| BGB AT (Neuaufgabe Dezember 1967) | DM 34,— |
| SchuldR AT (2 Hefte) | DM 16,— |
| SchuldR BT I | DM 16,30 |
| SchuldR BT II | DM 9,— |
| SachenR (3 Hefte) | DM 42,— |
| FamilienR | DM 11,60 |
| ErbR | DM 14,60 |
| StrafR AT | DM 30,— |
| VerwaltungsR (Neuaufgabe Dezember 67) | DM 36,50 |
| ZPO | DM 18,20 |

Sie können sich ein Skriptum 14 Tage unverbindlich zur Ansicht zukommen lassen.

Vorstandswahl als Klassenkampf

BOCHUM. (BSZ) — Ulrich Kurowski tat nach kurzer, unglücklicher Amtsführung als AstA-Chef das in seiner Lage einzig Richtige; er trat zurück, bevor er von nachfolgelüsteren Konkurrenten, nicht zuletzt aus dem Lager der eigenen Genossen, zerfleischt werden konnte. Am 19. 12. entbrannte dann im Hörsaal B II der Kampf um den vakanten, lukrativen AstA-Thron.

Vor der Wahl schon sorgte ein Flugblatt für Heiterkeit, das 16 mögliche und unmögliche Modelle für die Besetzung des AstA anführte und für die rechte Antwort auf die Frage: „Wer wird es?“ dem glücklichen Propheten eine Woche AstA-Vorsitz verließ. Signiert war das Flugblatt mit: „Das Kunkelkomitee“ (mit zwei m und mit zwei t). In den Tagen vor der Wahl dürfte es mehrere davon gegeben haben. So fanden denn auch die Tagesordnungspunkte, die vor der Wahl lagen, bei den Studentenvertretern wenig Gegenliebe. In Gruppen standen sie in der Lobby vor dem Hörsaal, diskutierten und „kunkelten“, bis endlich die Kandidatenliste aufgestellt wurde. Die Zuschauer strömten von der Wahl des KSG-Teams zu dem neuen spektakulären Ereignis. Von sechs vorgeschlagenen Kandidaten stellten sich zwei schließlich zur Wahl; Michael Breland (SHB) und Reinhard Zimmermann (SHB).

In den anschließenden Personalbefragungen und Diskussionen wurde der jeweils nicht beteiligte Kandidat aus dem Sitzungssaal verbannt. Zunächst stellte Zimmermann seine Referenten (Karl Boulloullé, Jackel und Janssen) und sein hochschulpolitisches Programm vor.

Nach kurzer anschließender Diskussion trat Michael Breland in die Arena. Doch die Ankündigung seiner Mannschaft wurde nicht so ruhig aufgenommen wie die Ankündigung Zimmermanns, die in ihrer Zusammensetzung die Fortsetzung der bisherigen Linkskoalition bedeutete. Friedel, CDU-Mitglied Versteil, schon die Nennung dieser Namen, obwohl vorher bekannt, führte zu tumultuösen Unmutbekundungen der SHB-Genossen in der Saal. Doch die Nominierung des SDS-Ästheten Winfried Mackenthun zum Kulturreferenten schlug wie eine Bombe ein. Linke Aktivisten in der rechten

hinteren Ecke riefen: „Arbeiterverräter!“ und „Sozialfaschist“, etwas deplacierte Gefühlsaufwallungen als Reaktion auf gekränkte Solidarität.

Alois Kircher siezte seinen Genossen Mackenthun demonstrativ, und in Stephan Bocks Augen soll ein feuchter Schimmer gelegen haben. In den Tumult hinein verlas Breland sein Programm. In der kulturpolitischen Terminologie seines Freundes Mackenthun verhedderte er sich, gestand verlegen: „Na ja, ich bin Jurist . . .“ und trat in die Diskussion, die laut, leidenschaftlich und unter der Gürtellinie geführt wurde.

Hatte Michael Breland seinen Vorgänger (wie er SHB) wegen ihrer Kasenförmigkeit mit dem Staatsanwalt gedroht, so mußte er jetzt von einem Genossen erfahren, daß im Falle seiner Wahl die Sekretärinnen im AstA-Büro kündigen würden. Ein wahrhaft erlebnisreiches Diskussionsniveau . . . Unter diesen Umständen war eine Entscheidung zwischen Sachprogrammen unmöglich geworden. Breland ging in beiden Wahlgängen mit zwei Stimmen Vorsprung vor Zimmermann durchs Ziel, nur reichte dies nicht für die erforderliche Zweidrittelmehrheit, so daß die Entscheidung vertagt werden mußte. Doch sie fiel nicht nach den Ferien im

driften Wahlgang, sondern am nächsten Abend. Zu diesem Zeitpunkt hatten SDS und SHB Mitgliederversammlungen anberaumt. Beim SHB bestand vor allem die Absicht, die groteske Situation zu bereinigen, daß sich zwei Gruppenmitglieder um den Thron stritten, von dem ein anderer SHB-Genosse gerade heruntergestoßen worden war. Vor allem verübte man Michael Breland und Tony Friedel, daß sie dies im Bündnis mit Ludger-Anselm Versteil und den rechtsgerichteten Gruppen im Parlament versuchten. Das Ergebnis: Breland und Friedel übten Selbstkritik und zogen ihre Kandidaturen zurück, Zimmermann blieb alleiniger Kandidat des SHB. Das gleichzeitig angesetzte Autodafé des SDS für Mackenthun fiel wegen interner Streitigkeiten ins Wasser. Aber Reinhard Zimmermann hatte gesiegt. Als alleiniger Kandidat wurde er am 9. Januar zum AstA-Chef gekürt. Wenn es Versteils Absicht war, wie in linken Kreisen oft gemunkelt, die Linken zu „paralisieren“, so ist dies gründlich fehlgeschlagen. Reinhard Zimmermann und der Bochumer Studentenschaft ist zu wünschen, daß er sein Amt erfolgreicher, länger und glücklicher versieht als seine beiden Vorgänger. B.G.W.

Nachrichten aus der Universität

Der Senat hat Prof. Knoll (Pädagogik) zum „Senatsbeauftragten für die Zusammenarbeit zwischen Universität und Erwachsenenbildung“ ernannt. 41 Professoren der RU haben 96 Vortragsthemen und 41 wissenschaftliche Mitarbeiter 58 Seminarthemen für Volkshochschulen angeboten. Diese wollen auf das Angebot der RU eingehen und sind es bereits in stärkerem Maße, indem sie Universitätswochen im Gebiet des Landesverbandes der Volkshochschulen veranstalten. Solche Universitätswochen mit Beteiligung Bochumer Professoren fanden im Wintersemester in Castrop-Rauxel, Solingen, Bottrop, Witten und Recklinghausen statt.

Die Senatskommission für Verfassungsfragen trat am 21. November zum ersten Male zusammen. Sie beschloß, auf der Grundlage der jetzigen Verfassung zu beraten und demgemäß den Verfahrensweg der Verfassungsänderung vorzuschlagen. Der Vertreter der Studentenschaft, Roland Ermrich, gab seine Stimme unter Aufrechterhaltung des Vorbehaltes der Studentenschaft gegenüber der vorläufig genehmigten Verfassung ab. Vorschläge zur Verfassung können Gruppen und Einzelpersonen abgeben (bis zum 28. Februar). Die Kommission plant Hearings zu Einzelfragen.

Die Senatskommission für Strukturfragen behandelt zur Zeit die Frage der künftigen Struktur der Institute.

BOCHUM. (BSZ) — Die Senatskommission für Baufragen legt für das weitere Raumprogramm der geisteswissenschaftlichen Fächer eine fiktive Planungszahl von 6000 Studenten zugrunde.

Brain-Trust

BOCHUM. (BSZ) — Wie Rektor Biedenkopf dem Senat bekanntgab, denkt er daran, dem Rektorat einen Planungsstab zuzuordnen. Er soll aus drei Mitarbeitern bestehen. Der Leiter des Teams soll aus Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk bezahlt werden. Es sei evident, daß ohne einen solchen Stab die Universitätsleitung nicht mehr auskomme, sagte Prof. Biedenkopf in einem Gespräch mit der BSZ. Er soll die Senatskommissionen betreuen, sie mit Material versorgen und ihre Arbeit koordinieren. Außerdem solle er ein Rechnungswesen entwickeln, das die Prognose von Studienplatzkosten, Forschungsetats und sonstigen Sachmitteln erlaube. Es komme darauf an, die „faktische Transparenz“ akademischer Entscheidungen deutlich zu machen. dr.

Kontakte mit FDJ gescheitert

Zum ersten Mal seit Bestehen des Sozialdemokratischen Hochschulbundes kam es Ende letzter Woche auf Bundesebene zu offiziellen Gesprächen mit der FDJ. Drei Vertreter des Bundesvorstandes waren nach Ost-Berlin eingeladen, wo sie den FDJlern ihre Vorschläge unterbreiteten. Danach sollten u. a. gemeinsame Seminare durchgeführt werden, die in dem Teilnehmerkreis und mit den Referenten paritätisch besetzt wären. Die FDJ verhielt sich solchen Angeboten gegenüber reserviert, da „erst auf die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik hin solche Schritte erfolgen können.“ Die ergebnislos gebliebenen Gespräche sollen fortgesetzt werden.

Schauspielhaus Bochum

Aufführung des Musiktheaters im Revier Gelsenkirchen

Mittwoch, den 17. Januar 1968, 20.00 Uhr

„Der Barbier von Sevilla“

Oper von Gioacchino Rossini

Sonderpreise DM 3,50 und 4,50

Vorverkauf ab sofort nur mittags in der Mensa

Warum keine direkte Mitbestimmung?

Ideologiekritische Anmerkungen zu Prof. Biedenkopf / Von Ewald Kasper

Die nahegelegte Ehrfurcht vor der Rationalität (ehre, was Furcht machen soll), ist der Versuch, die Professoren, Assistenten und Studenten gegen die Assistenten und Studenten zu verbünden, letztere zum Nachgeben zu bewegen und sie gleichzeitig mit der Herrschaft zu versöhnen.

Da der Fetisch einer verabsolutierten Rationalität auch noch in den kommenden Auseinandersetzungen eine Rolle spielen wird, ist es opportun, die Diskussion des Vorschlags, der sich fortschrittlich, weniger autoritär gibt, keineswegs aber demokratischer ist, verschiebend auf andere Hochschulfragen auszuweiten. Biedenkopfs Denken orientiert sich am wissenschaftstheoretischen Ansatz des Positivismus (Nachvollziehbarkeit, Eindeutigkeit), er unterschlägt aber den positivistisch konstatierten Dualismus von Tatsache und Entscheidung, daß Fragen der Lebenspraxis außerhalb der Wissenschaftlichkeit liegen. Dies verschleierte er, indem er sich zur Rationalität bekennt und seine Werturteile — etwas außerhalb der Legitimität — in die Form der Theorie bringt. Positivistisch ist es rational, sich konform zu den empirischen Normen zu verhalten. Zweifelhafte ist, ob man dem Bestehenden gegenüber so indifferent verfahren darf wie Biedenkopf, der in 4.4 aus der Situation der Assistenten und Studenten unkritisch und ohne Veränderung zu intendieren seine Schlüsse zieht.

„Unreflektierte Leistungsbereitschaft“ Für Biedenkopf erklärt sich sein Begriff der Rationalität selbst, sie wird zu einem Wert, der sich nicht danach bemißt, was mit ihr geschieht, nur nach dem wie wird gefragt. Sie wird so zum Instrument partikulärer Bestrebungen, seien diese gut oder schlecht. Sie korruptiert Rationalität, indem sie Wahrheit auf die richtige Rezeption des Objekts reduziert (Sachkriterien), ist Ideologie der Anpassung, indem sie Wahrheit und Wirklichkeit identisch setzt. Die Autonomie, Zwecke zu setzen, zu bestimmen und zu beurteilen ist aufgegeben in unreflektierter Leistungsbereitschaft zum bloßen Funktionieren, dienstbar einer repressiven Universitätshierarchie. Kritiklosigkeit ist nicht Wertfreiheit. Kritik, die diese affirmative Unselbständigkeit aufzeigt, wird als politisch, nicht rein wissenschaftlich, zurückgewiesen. Das prinzipiell Politische aller Wissenschaft wird gelehnet, Politisierung als unwissenschaftlich de-

nunziert. So wälzt Biedenkopf in der Schlacht zur Errettung seiner Rationalität vor der Politik alles, was nicht seinen für allgemein schlechthin erklärten Vorstellungen von einer auf Autorität reduzierten Universität entspricht, auf die diffamierte politische Entscheidungsform ab. Wissenschaft, prinzipiell kritisch, wird unkritisch betrieben. Der Begriff der Wissenschaftlichkeit hat beliebige Spekulation und Dogmatismus zu verhindern, nicht aber die kritische Frage. Die Universität zeigt sich desinteressiert an der gesellschaftlichen Verwertung des von ihr gelieferten Wissens, sie akzeptiert die Wirklichkeit, an die die Kritik Forderungen stellt, verwechselt Wissenschaftsrat und Dahrendorf-Plan mit dem, was wir brauchen.

Wie diese Rationalität sich vom menschlichen Inhalt abgelöst hat, zeigt Biedenkopfs Einschätzung des Mehrheitsprinzips, das von dem der Demokratie untrennbar ist. (Biedenkopf verwendet ausschließlich den in einer apolitischen Öffentlichkeit weniger positiven Begriff des Politischen.) Die Achtung der Mehrheit hing in der philosophischen Tradition nicht von einem Mehrheitsbeschluss ab, sondern gründete sich auf die Überzeugung vom Wert des Menschen. Entscheidungen der Mehrheit sollen nicht die der Rationalität ersetzen, implizieren nicht deren, sondern blinder Herrschaft „prinzipiellen Verzicht“. Biedenkopf hat die philosophische Basis der Demokratie vergessen, das Mehrheitsprinzip ist ihm irrationale, geistlose Gewohnheit und „Herrschaftsprinzip“. Diese Differenz korrespondiert mit dem, was Universität ist, und was sie sein könnte.

„Subordination institutionell verankern“ Demokratisierung würde die Erziehung einer größtmöglichen Zahl von Menschen zur verantwortlichen Teilnahme am politischen Geschehen der Universität bedeuten. Biedenkopfs Rationalität will aber die bestehende Subordination institutionell verankern, statt ein Partizipieren der Studenten am Entscheidungs- und Bewußtseinsbildungsprozess einer demokratischen Universität zu konzedieren — die Voraussetzung, zur Wahrheit fähige, sich frei und vernünftig selbst bestimmende Individuen zu ermöglichen. Autoritäre Entscheidungsvollkommenheit lähmt und zerstört die Initiative der Untergebenen, aus deren Unmündigkeit resultiert opportunistische Anpassung, der Tod der Demokratie.

Demokratische Willensbildung ist die Rationalisierung der Entscheidung in einem in herrschaftsfreier Diskussion erzielten Konsensus. Das vorgeschlagene, in keiner Weise bindende Votum der Studenten integriert diese keinesfalls in die Gemeinschaft von Forschung und Lehre, läßt sie nur scheinbar, verbal, zu, nicht aber ihrer materiellen und geistigen Lage nach. Die Aktion, an dieser Gemeinschaft teilzunehmen, wird von der scheinbar keinem Gruppeninteresse verbundenen, sondern unmittelbar auf das Allgemeinwohl ausgerichteten Rationalität als zerstörerisch disqualifiziert.

„Rationalität“, autoritäre Figur der Kollektivprojektion realitätsfremden Wunschenkens, hat nun die ständischen Schranken der Universitätshierarchie zu legitimieren und die restaurativen Tendenzen (Verlängerung der repressiven schulischen Abhängigkeit) des feudalistischen Denkens zu decken, das allein sich bei solcher Konzentration politischer Macht in den institutionellen Spitzen mit „der Universität“ identifizieren kann. Von einer auf breiter Basis derartig entpolitisierten Universität ist kein Widerstand zu erwarten, sollte nochmal die Freiheit von Forschung und Lehre bedroht werden.

„Korporation auf Vordermann gebracht“ Studentisches Objekt soll nicht Subjekt werden, es soll weiterhin dem Konflikt zwischen einer Bindung an Autorität und der Forderung der Wissenschaftlichkeit, d. h. Selbständigkeit ausgesetzt sein. Die Kooperation Gleichberechtigter in der Forschung widerspricht dem universitären patriarchalischen Geben und Nehmen. Akademischer Aufstieg und Masochismus weisen eine Affinität auf.

Die „Affinität und innere Beziehung des universitären Wissenschaftsbetriebes zu der demokratischen Form des Willensbildungsprozesses“ endlich einzusehen, fordert Jürgen Habermas von seinen professoralen Kollegen und, „daß die Studentenschaft an der Selbstverwaltung der Hochschule als eine von drei Parteien angemessen beteiligt wird.“

Für die Wissenschaftlichkeit des Studiums muß das produktive, selbständige Partizipieren des Studenten an seinem Ausbildungsprozess gewährleistet sein, für die akademische Freiheit der herrschaftsfreie Dialog. In Bochum aber wird die Korporation auf Vordermann gebracht.

In der Abwehr studentischer Forderungen widerruft man die vorgetauschte Demokra-

tie, verleugnet gar demokratische Prinzipien, wenn die studentischen Intentionen dahin gehen, daß es den Ordinarien nicht mehr möglich sein soll, gegen die geschlossene Front der anderen Vertreter in den Gremien etwas beschließen zu können.

In der Reihe der Versuche, die politisch unbequemen Studentenvertreter mundtot zu machen — die Hilfskonstruktionen der Rechtsgutachten gegen das politische Mandat, die radikale Beschneidung des Katalogs der „studentischen Angelegenheiten“ soll nun die Rationalität als professoral usurpiert und institutionalisiert werden. Ein elitäres Selbstverständnis ermöglicht es den Ordinarien, autoritär sich selbst als Hüter der Rationalität zu interpretieren. In diesem „herrschaftsfreien“ (siehe 3.3) Rahmen bleibt den Studenten die subjektive Befriedigung, in einem irrelevanten Votum sich ausprechen zu dürfen.

„Fachidioten mit abgeschlossener Halbbildung“

„Rationalität“ zeigt ihren ideologischen Doppelcharakter: einerseits ist sie eine unwissenschaftliche, fiktive Abstraktion, andererseits repräsentiert sie partikuläre Interessen, die mittels dieses Verschleiernsmanövers legitimiert werden sollen, da scheinbar alle Probleme gelöst werden. Als Ideologie ist sie abhängig von der universitären Praxis: die mystifizierende Darstellung universitärer Wirklichkeit wird verstärkt von deren scheinbarer Entideologisierung durch „Rationalität“. Das Ergebnis ist eine Karikatur wirklicher Durchsichtigkeit.

Die Einheit der Universität wird im Fetisch einer ritualisierten Rationalität gesucht. Diese Metarationalität, Mittel zur immer reibungsloseren Herrschaftsausübung und zum Verdecken der Widersprüche der Universität, läßt kritische Rationalität, in deren Rahmen Freiheit sich immer mehr entwickeln könnte, zugrunde gehen. Die Produktion der Fachidioten mit abgeschlossener Halbbildung ist sichergestellt.

Die Autorität der Vernunft kann von den Professoren nicht okkupiert werden, indem sie behaupten, sie hätten sie. Sie kann ihnen nur dann zukommen, wenn alle sie durch qualifiziert wissenschaftliche Arbeit, pädagogische Leistung und demokratisches Engagement beweisen. Solange aber die Grundlagen des studentischen Protests bestehen bleiben, wird er sich radikalieren.

IMMER wenn s um Geld geht...

SPARKASSE

In Querenburg direkt in der Nähe der Uni
Im Westenfeld 22 Tel.: 511015

Der Filmkreis stellt vor: Fernsehfilm-Avantgarde

In der Fachwelt stark beachtetes Seminar

BOCHUM. (BSZ) — Am 27./28. Januar läßt der Studienkreis Film seinen Semester-Knüller steigen: ein Wochenend-Seminar mit Peter Lillenthal. Der Regisseur, des deutschen Fernsehens liebster Wunderkind, bringt seine zehn besten Streifen mit. Daß es der Studienkreis Film fertiggebracht hat, Lillenthal zum Kommen zu bewegen, wurde in der Fachwelt mit freudigem Erstaunen aufgenommen: der eigenwillige Regisseur hatte bisher noch immer abgesagt.

Schwarz — rosa Grotesken...
Bekannt geworden ist er durch seine oft mit genußvoll-schwarzem Humor gezeichneten Satiren, so etwa der Polit-Groteske „Strip-tease“ nach Slawomir Mrozek oder „Guernica“ — Jede Stunde verletzt, die letzte tötet“ nach einem Stück des Skandal-Spaniers Fernando Arrabal.

... und Kleinbürger-Stücke...
Weitere Anerkennung errang sich Lillenthal mit Filmen in der Welt des kleinen Mannes. „Der deutsche Film findet im Fernsehen statt“, schrieb ein Kritiker im März 65 über „Seraphine“, ein Stück in skurril überhöhtem Kanapee-Realismus (— das Kanapee hat quasi einen doppelten Boden). In diesem Milieu gehört auch die Geschichte des künftigen Kleinbürgers: gezeigt wird ein Gammeler, der ziemlich schnell wieder in die Arbeitswelt eingebaut wird („Der Beginn“, Buch: Günter Herburger).

... am Januars-Ende
Das Programm beginnt am Samstagvormittag (27. 1.) in IA/A1 und endet am Sonntagnachmittag im Hardenberghaus mit einer großen Podiumsdiskussion. Es läßt während der Vorführungen genug Zeit für Pausen — vermutlich

sogar mit Kaffee (Mittag- und Abendessen in der Haus-Michael-Mensa). Und der Preis für die ganze Tagung ist kaum zu unterbieten: ganze DM 5 für Studenten! DM 10 für Gäste! (Man braucht nicht einmal Studienkreis-Film-Mitglied zu sein!)

Erfreuliche Resonanz
Seit Weihnachten gehen beim Filmclub die Anmeldungen ein. Die Reaktion der Presse ist einhellig: „Die interessanteste Sache, die zur Zeit von deutschen Filmclubs gemacht wird!“

Anfragen bitte an: Studienkreis Film, Uni-Poststelle, Telefon c/o (Uni: 399 + 564 oder 567). Bitte beachten Sie die Bekanntgabe des genauen Programms per Flugblatt! Fe

FILM-COUP

BOCHUM. (BSZ) — Als Konkurrenz zum Studienkreis Film, der mit seinem Lillenthal-Seminar seine Tüchtigkeit gerade wieder unter Beweis stellt, bietet die Studentengruppe „film-coop“ Vorführungen von action-Streifen mit Niveau an. Initiatoren sind wieder Detlef Langer und Peter Martens, ehemals Inhaber des action-Kinos an der Brenscheder Straße, das nach einem Happening aufgehört zu existieren, und die im vergangenen Jahr ein kulturelles Ruhrgebietsmagazin „prospekt“ ins Leben rufen wollten. Der Plan war allerdings mangels Finanzen zum Scheitern verurteilt. Diesmal wollen Langer, Martens und andere nicht nur Kintopp anbieten, sondern auch das Geld für Langers liebsten Plan zusammenbringen: einen Spielfilm zu drehen. (Von dieser film-cooperative hatte die BSZ schon im Sommersemester berichtet.)

GODESBERGER REKTOREN-ERKLÄRUNG

Verantwortliche Selbstkontrolle

BONN/BOCHUM. (BSZ) — Zu einem ungewöhnlichen Schritt haben sich die Rektoren der wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik entschlossen. Während einer Klausurtagung in Bad/Godesberg waren sie über ein Papier gebeugt, auf dem Thesen zur Hochschulreform formuliert sind. Der sonst übliche Weg (Ratifizierung durch die Senate) wurde übergangen: es hätte zu viel Zeit gekostet. Der erste Entwurf stammt von den Rektoren Maihofer (Saarbrücken) und Killy (Göttingen). Er soll, nach Angaben des Rektors der RU, Professor Biedenkopf, sechs Mal überarbeitet worden sein und zeigt in der letzten Fassung „sehr stark die Handschrift (des Bonner Rektors) Mestmäcker, das wurde mir auch von Kollegen bestätigt“, so Professor Biedenkopf. Allerdings finden wir in vielen Passagen Professor Biedenkopfs eigene Reformideen, etwa die These von der „Sachlogik“ der akademischen Entscheidungen (vergl. seine Berufungsvorlage in BSZ Nr. 15/16, 1967) und die Forderung, Auftragsforschung durch Veröffentlichung (seitens der Universität) mehr zu kontrollieren, von der Professor Biedenkopf an anderer Stelle gesprochen hat. (Seine überarbeitete Rektoratsrede wird in Kürze erscheinen.) Die Rektoren-Erklärung zeichnet sich dadurch aus, daß einer-

seits an der Autonomie der Hochschulen dogmatisch festgehalten wird, ohne andererseits eine entschlossene Strukturreform der akademischen Entscheidungsgremien ins Auge zu fassen (wobei auch die direkte und erweiterte Mitbestimmung der Studenten gehört). Die Spitze gegen die Studenten entstand allerdings, wie uns Professor Biedenkopf erklärte, durch den Alleingang von Professor Rüegg (Frankfurt) und einigen anderen, die während der Pressekonferenz außer der Erklärung einen sogenannten „Motivationsbrief“ bekanntgaben, worin Angriffe gegen Parteien, Regierungen und die Öffentlichkeit sowie gegen bestimmte studentische Forderungen geführt werden. So druckte denn auch die F.A.Z. dankbar die Schlagzeile: „Rektoren warnen; Radikalen Studenten nicht nachgeben.“ Von diesem Schritt Rüeggs wußten die anderen Magnifizenzen offenbar nichts, und es scheint deshalb einige Verstimmung zu geben.

Die BSZ druckt die Rektoren-Erklärung in vollem Wortlaut, weil sie ein wichtiges Dokument der letzten Jahre ist. Die Redaktion hofft, noch in den nächsten Ausgaben als Bochumer Beiträge die Reform-Thesen der HSU, danach (hoffentlich) den Verfassungsvorschlag des SP zu veröffentlichen.

Erklärung der Rektoren

Die Zukunft der westdeutschen Universitäten hängt ab von den Entscheidungen, die sie jetzt selber treffen. Aufbau und Ausbau der Universitäten und die Bemühungen um eine Neuordnung der Studiengänge waren zwar von zahlreichen Reformen begleitet; sie lösten jedoch nur einzelne, jeweils dringliche Probleme. Die körperschaftliche Verfassung der Universität und ihre Stellung in der heutigen Gesellschaft müssen neu bestimmt werden. Die Reform der inneren Struktur der Universität muß von den folgenden Leitsätzen ausgehen:

- Die grundrechtliche Garantie der Freiheit von Forschung und Lehre (GG 5,3) begründet und begrenzt ihre korporative Organisation;
- die kritische Funktion der Wissenschaft in der Gesellschaft erfordert die Autonomie der Universität;
- Mitarbeit begründet Mitverantwortung;
- Leistungsfähigkeit verlangt Differenzierung der Funktionen;
- sachgerechte Erfüllung der Funktionen erfordert korporative Selbstkontrolle.

Zur Verwirklichung dieser Leitsätze schlagen die unterzeichnenden Rektoren vor:

I.
Die Universität gliedert sich in diejenigen Einheiten von Forschung und Lehre (Arbeitsgruppen, Institute etc.), welche die tatsächlichen Träger von Forschung und Lehre sind. Diese sind sinnvoll einander zuzuordnen und in übergeordnete Einheiten (Abteilungen, Fakultäten etc.) zusammenzufassen, die eine gemeinsame Verantwortung für ihre Bereiche und eine dadurch legitimierte Vertretung in der Universität übernehmen. Dieses Prinzip kann die Lösung von traditionellen Strukturformen fordern.

II.
Die Gliederung nach Funktionen verlangt eine Neuordnung der Mitverantwortung aller Angehörigen der Körperschaft an der Selbstverwaltung nach den Prinzipien einer funktionsgerechten Kompetenzverteilung und qualitativen Repräsentation.

1. Die Angelegenheiten der Universität als einer Körperschaft von Lehrenden und Lernenden fallen grundsätzlich in die Entscheidungs- und/oder Ber-

tungskompetenz aller ihrer Angehörigen, die demgemäß — unmittelbar oder mittelbar repräsentiert — an den satzungsgemäßen Organen zu beteiligen sind. Das Ausmaß der Mitarbeit und Verantwortung sowie die Dauer der Bindung an die Universität bedingen Art und Gewicht der Beteiligung an der Selbstverwaltung. Die Anzahl der jeweils Beteiligten ist auf die Aufgaben und die Arbeitsfähigkeit der Gremien abzustimmen.

2. Auch wenn der Sachverstand einer Personengruppe deren Mitwirkung an Entscheidungen nicht begründet, ist das Entscheidungsverfahren so zu gestalten, daß die Nachprüfbarkeit der Entscheidungskriterien gewährleistet ist. Das kann geschehen durch Anwesenheit oder Mitwirkung bei den Beratungen, Bekanntgabe der Entscheidungsgründe u. ä. m. Damit wird auch das Prinzip der Offenheit aller Akte der Selbstverwaltung verwirklicht. Unter Beachtung dieser Grundsätze können in einem Ausschließlichkeitskatalog diejenigen Angelegenheiten festgelegt werden, deren Entscheidung bestimmten Personengruppen vorbehalten ist.

3. Vor Majorisierung in ihren Angelegenheiten sollen Personengruppen nicht durch quantitative Proporz, sondern durch qualitative Regelungen geschützt werden (z. B. Einspruchsrechte, Schlichtungskommissionen, qualifizierte Abstimmungsmodalitäten oder Appellationsgremien).

4. Die Kontinuität in den Organen der Selbstverwaltung muß durch Stetigkeit und Dauer der Beteiligung gesichert werden. Im Interesse der Arbeitsteilung sollen bestimmte Entscheidungs- und/oder Beratungsfunktionen der Organe an sachverständige Kommissionen delegiert werden.

5. Die handlungsfähige Vertretung der Körperschaft nach außen, die Willensbildung innerhalb der Universität, besonders die Lösung von Konflikten fordern eine Stärkung der zentralen Organe.

6. Der Rektor oder Präsident vertritt die Gesamtheit der Universität und alle ihre Angehörigen.

III.
Alle Verfahren und Tätigkeiten der Universität als einer öffentlichen Einrichtung müssen nachprüfbar sein; auch durch verantwortliche Selbstkontrolle rechtfertigt sie ihre Autonomie.

Die Selbstkontrolle betrifft insbesondere Lehrveranstaltungen, Prüfungen und Forschung.

1) Lehrveranstaltungen müssen nach Inhalt und Form an den wissenschaft-

lich begründeten Studienzielen orientiert sein und den Stufen des Prüfungssystems entsprechen. Sie werden für größere Studienabschnitte geplant. Wirksame Lehre wird durch Kritik im Hinblick auf Gehalt, Niveau, Darbietung und wissenschaftliche Aktualität gefördert. Kritik als eine Äußerung wissenschaftlichen Denkens muß sachlich begründet und persönlich vertreten werden.

2) Prüfungen finden in förmlicher Ordnung statt; Verfahren und Anforderungen müssen bekannt sein; Kommissionen sichern die Ordnung des Verfahrens und die Angemessenheit der Ansprüche. Die Prüfungsordnungen müssen die Öffentlichkeit der Prüfungen, die Mitwirkung von Beisitzern, die Möglichkeit von Einsprüchen und das Appellationsverfahren regeln.

3) Die korporative Kontrolle der Forschung muß satzungsmäßig gewährleistet sein. Sie erstreckt sich auf die Abstimmung von Forschung und Lehre, auf die Abstimmung von Forschungsprojekten untereinander sowie auf die optimale Nutzung von Forschungseinrichtungen.

Die Verbindung verwandter Forschungsdisziplinen und Arbeitsgebiete darf nicht durch überkommene Begrenzungen innerhalb der Universität und zwischen den Universitäten behindert werden.

Partikuläre Einrichtungen müssen aufgegeben werden, wenn ihre Funktionen im größeren Zusammenhang der Forschung und Lehre wirksamer und rationeller erfüllt werden können. Auch die Auftragsforschung ist der korporativen Kontrolle daraufhin zu unterwerfen, ob sie mit der Freiheit der Forschung und den Aufgaben der Universität vereinbar ist.

IV.
Selbstkontrolle der akademischen Körperschaft und Reform der Universität bleiben Stückwerk, solange den Universitäten Arbeitsbedingungen auferlegt sind, die sie an der Erfüllung ihrer Aufgaben hindern.

Dabei ist gedacht z. B. an — mangelnde Koordination von Höherem Schul- und Universitätswesen; — die Unzulänglichkeit der Regelung des Zugangs zu den Universitäten; — die Verhältnisse in den Massenfächern.

Selbstverantwortung und Leistungsfähigkeit der Körperschaft würden, der Entwicklung moderner Wissenschaft entsprechend, durch globale, möglichst mehrjährige Haushalte entscheidend gestärkt, die selbst in so unterschiedlichen Gesellschaftsstrukturen wie in Großbritannien und Jugoslawien üblich sind. Hierbei wäre sowohl dem Anspruch der Öffentlichkeit auf Haushaltskontrolle als auch dem Interesse der Universität an größerer Wirtschaftlichkeit Rechnung zu tragen.

V.
Selbst wenn diese dringlichen Struktur-reformen durchgeführt sind, die bestehenden Universitäten weiter ausgebaut werden und der Aufbau von Neugründungen rascher als bisher vollzogen wird, werden die Abiturientenzahlen in den nächsten Jahren grundlegende Veränderungen im gesamten Bildungssystem erzwingen. Die Universitäten werden in diese Veränderungen einbezogen sein und bereit sein müssen, an ihnen mitzuwirken.

Die unterzeichnenden Rektoren haben ihre persönliche Überzeugung in diesen Grundsätzen zusammengefaßt. Sie ziehen damit Folgerungen aus einer seit Jahrzehnten andauernden Reformdiskussion und den Erfahrungen in ihrem Amte. Sie wollen der Universität die Freiheit für ihre kritischen Aufgaben in Forschung und Lehre und ihre kritische Funktion in der Gesellschaft erhalten oder zurückgewinnen.

Zur Verwirklichung dieser Grundsätze bedürfen die Universitäten der Unterstützung aller ihrer Angehörigen, der Regierungen und der Parlamente.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN



Kleinstlinen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich

BRILLEN **Hagemann** SÜDRING 20

MEDIZINER: Doktorarbeiten kurz und bündig

ESSEN. (BSZ) — Große Aufregung herrschte unter der Studentenschaft des Klinikum Essen, als Ende des letzten Jahres das Gerücht ging, die Doktorarbeiten für Essener Medizinstudenten dürften nicht mehr als 20 Textseiten umfassen. Schadenfroh frohlocken die schlichten Gemüter jener Cand. meds, die immer noch auf der Suche nach einer „passenden Arbeit“ sind, während bereits ganz ernste, der Verzweiflung nahe, von solch präzisen Vorschriften gehört haben wollten, wonach es den Studenten ab sofort unmöglich sei, ob im Buchdruck- oder Mikrokopieverfahren, mehr als 20 Seiten abzuliefern, da das Medizinische Dekanat in Essen eine besondere Satzspiegelrechenweise entwickelt habe. Ausgenommen von diesen 20 Seiten sollten die Widmungs-, die Inhaltsverzeichnis- und die Literaturangaben sein.

Die Essener Redaktion der Bochumer Studenten Zeitung sprach mit dem Dekan der Abt. 18, Herrn Prof. Dr. Götz (Direktor der Hautklinik). Prof. Götz sagte uns, am 2. November 1967 bereits sei auf einer Fakultätssitzung in Bochum beschlossen worden, eine Limitierung der Seitzenzahl medizinischer Doktorarbeiten festzusetzen. Künftig sollen demnach die eingereichten Arbeiten für die Abteilung 18 der Ruhr-Universität (praktische Medizin) nicht mehr als 20 Seiten umfassen, exklusive der Abbildungen und Tabellen.

Prof. Götz meinte uns gegenüber, er erhoffe sich persönlich dadurch eine „Präzisierung in der Abfassung wissenschaftlicher Texte“. Er habe selbst einen Doktoranden, dessen literarische Arbeit 120 Seiten umfasse, „von denen

gut Zweidrittel gestrichen werden könnten, da es sich um ausgiebige Literaturzitate handelt“. Der Dekan wies ausdrücklich darauf hin, daß hier lediglich eine Empfehlung vorliege, die den einzelnen medizinischen Ordinarien zugeleitet wurde. Doktoranden, so betonte Prof. Götz, die bereits mehr als 20 Seiten starke literarische Arbeiten ihren Doktorvätern eingereicht hätten, brauchten nicht besorgt zu sein, aufgrund dieser Empfehlung ihre Arbeit neu formulieren zu müssen.

Wir sprachen auch mit dem Dekan der Abteilung 17, theoretische Medizin, Herrn Prof. Dr. Schümann (Direktor des Institutes für Pharmakologie). Das Klinikum Essen hat bekanntlich als erste medizinische Fakultät in Deutschland zwei getrennte Dekanate. Prof. Schümann sagte, für seine Abteilung liege noch nicht ein derartiger Fakultätsbeschluss vor, ein solcher könne aber zu erwarten sein. Erfahrungsgemäß hätten die Promotionsarbeiten der theoretischen medizinisch-klinischen Fächer einen durchschnittlichen Umfang von 20 bis 30 Seiten, also wesentlich weniger als bei der Abteilung „praktische Medizin“, da die Doktorväter theoretisch-medizinischer Fächer vorwiegend experimentelle Arbeiten vergäben. Nach der Ansicht von Prof. Schümann lasse sich eine Limitierung des Seitzenzahls umfanges durchaus vertreten, da „eine Doktorarbeit etwas Neues bringen“ solle und in der Zusammenfassung nur das stehen müsse, „was wirklich neu bearbeitet worden ist; also kein langatmiges Herumgerede“ — wie Prof. Schümann uns schmunzelnd beruhigte.

Frank H. Mader

Olympia
Schreibmaschinen
Sonderangebote · Miete · Mietkauf
WYWIAS-Bochum-Südring 19

Trauriger Rekord

BOCHUM. (BSZ) — Die Fachschaft Wirtschaftswissenschaft hat über die letzten Zwischenprüfungen folgendes festgestellt: 1.) Durchfallquote 42 Prozent; 2.) insgesamt wurden von 85 Teilnehmern 104 nicht ausreichende Klausuren geschrieben, davon in BWL 30 und in Statistik 51; 3.) nur 53 Teilnehmer wurden zur mündlichen Prüfung zugelassen!

Die Fachschaft fragt zu Recht, ob es an den Studenten liegt. Am vergangenen Freitag wurde darüber eine allgemeine Versammlung der Abteilung veranstaltet. (Bericht in der nächsten Ausgabe.)

Wir fragen: Was tun die anderen Fachschaften in dieser Fachfrage? Besonders die Philologen sind zur Tat aufgerufen, von denen gerüchteweise ähnliche Prüfungsergebnisse zu erfahren waren. Oder sollte Abteilungssprecher von Thiedemann recht behalten, der während der letzten Versammlung resigniert von einer „Verewigung des Dilettantismus in der Studentenvertretung“ sprach?



DORTMUNDER KRONEN

Kenner Dortmund Biere schwören auf Dortmund Kronen

Dekan fühlt sich mit Dreck beworfen

BOCHUM. (BSZ) — Absurde Formen nimmt jetzt der Streit der Sozialwissenschaftler an. Prof. Schnur, der Dekan, reagierte auf einen Artikel im letzten Heft der „Ruhr-Reflexe“, in der ihm anti-parlamentarische Theorien nachgewiesen wurden, genau in dem autoritären Stil, der aus seinen wissenschaftlichen Arbeiten spricht („Der geführte Bürger, nicht der kritisch denkende und analysierende ist der Idealtyp in den Augen Schnurs“; R-R). Es läßt das Schlimmste für Weiterungen befürchten. Der Fachschaftssprecher hatte den Dekan am 5. 1. schriftlich gebeten, den Termin für ein Streitgespräch zu verschieben: „Eine Diskussion, die sich auf studentischer Seite im wesentlichen auf Mitglieder des genannten Komitees beschränkt, muß uns auch darum unerwünscht sein, weil dabei die Gefahr bestünde, die Auseinandersetzung auf ein rein persönliches Streitgespräch zu reduzieren.“ Genau dahin aber kam es am 10. Januar durch die „Erklärung“ des Professors. Der Fachschaftssprecher teilte der BSZ inzwischen mit: „Die in meinem Brief vom 5. 1. geäußerte Befürchtung, daß erneut mit Verdächtigungen gearbeitet werden könnte, hat sich inzwischen leider bestätigt. Herr Guido Boulboulé, der 1. Vorsitzende des Hans-Böckler-Kreises (HBK), wurde von Herrn Schnur verdächtigt, Autor des betreffenden Artikels in den Ruhr-Reflexen zu sein. Der HBK wurde von ihm insgesamt verdächtigt, hinter dem Komitee zu stehen. Das bestärkt die Vermutung, daß es Herrn Schnur in diesem Fall nicht so sehr um die sachliche Diskussion seiner veröffentlichten Lehren und Gedanken geht, sondern um eine dieser Auseinandersetzung nur abträgliche Personalisierung des Streits.“ Im folgenden veröffentlichten wir die „Anmerkungen des Vorstandes der Studentenschaft zu der ‚Erklärung‘ von Herrn Prof. Schnur vom 10. 1.“.

Prof. Dr. Roman Schnur 4630 Bochum, 10. Jan. 1968

Erklärung

1. Ein anonym agierendes „Komitee zur Untersuchung von Vorgängen im Lehrkörper der Sozialwissenschaftlichen Abteilung“ hat in der Studentenseitschrift „Ruhr-Reflexe“, Jahrgang 2, Heft 7, kurz vor Weihnachten einen Artikel über mich veröffentlicht. Er enthält den für einen Hochschullehrer schwerwiegenden Vorwurf, nämlich die ihm nach Art. 5, Abs. 3 GG obliegende Treue zur Verfassung nicht zu wahren.
2. Um herauszufinden, ob die für diesen Vorwurf angegebenen Gründe stichhaltig sind, hatte ich das Komitee am 27. Dezember vorigen Jahres öffentlich zur heutigen öffentlichen Diskussion eingeladen. Der mir übermittelten Anregung des Komitees, die Diskussion zu vertagen, damit es alle meine Schriften studieren könne, konnte ich schon deshalb nicht folgen, weil ich davon ausgehe, daß ein solcher Angriff auf mich nur nach Kenntnis aller meiner veröffentlichten Arbeiten begonnen wird.
3. Das Komitee ist zu dieser öffentlichen Diskussion nicht erschienen. Es hat sich also nicht der Diskussion gestellt. Daraus muß ich schließen, daß das Komitee seine Vorwürfe nicht öffentlich diskutieren und begründen kann.
4. Das Komitee hat also aus dem Hinterhalt der Anonymität mit Dreck auf mich geworfen. Wegen seiner Feigheit, öffentlich mit mir zu diskutieren, ist der Dreck auf das Komitee zurückgefallen.
5. Die Art und Weise dieses Vorgehens macht deutlich, daß es sich um den verzweifelten Versuch eines Gruppchens handelt, die Entwicklung eines der interessantesten Reformvorhaben in den deutschen Universitäten, nämlich die Bochumer Abteilung für Sozialwissenschaft, aufzuhalten. Ich lasse mich nicht in der Erfüllung der Aufgaben beirren, den Studenten das zu geben, was sie von mir erwarten.
6. Für mich ist damit die Angelegenheit erledigt, weil ich mich nicht zu rechtfertigen habe und das Komitee einer Diskussion seiner Anwürfe gegen mich ausgewichen ist. Wie sich die Ruhr-Universität — insbesondere Professor Jaeggi, den das Komitee von seinem pauschalen Angriff auf die Mitglieder der Fakultät ausgenommen hat — und wie sich der Kultusminister verhalten werden, dies zu beurteilen ist nicht allein meine Sache.

gez. Schnur
(Prof. Dr. Roman Schnur)

Wir haben die hektographierte „Erklärung“ von Prof. Schnur klichieren lassen, um Stil und Methode dieser Auseinandersetzung zu dokumentieren. Angemerkt werden muß, daß die Erklärung vorbereitet war; der Leser möge besonders demnach die Schlußfolgerungen in Punkt 3 und 4 selbst bewerten. Bemerkenswert ist außerdem der unausgesprochene Ausfall gegen Prof. Jaeggi: ihn und seine Assistenten nennt man in der Fakultät ironisch „unsere Schweizer Herren“. Leider ist allerdings Prof. Jaeggi durch die ausgesprochene Sympathie, die er bei vielen Studenten genießt, bei den Kollegen angeekelt, wie uns scheint — wessen Schuld? Und der Wink mit dem Kultusminister, er bedeutet den Wink mit dem Disziplinarrecht, mit der Autorität des Staates, mit jener Instanz, mit der Prof. Schnur einen Privatvertrag (spricht Berufung) geschlossen hat — welchen Schluß läßt er auf das Denken von Prof. Schnur selbst zu? Die Redaktion

Es liegt nicht nur im Interesse der Studierenden der Abteilung VIII, daß sich die Professoren ihrer Abteilung in ihren öffentlichen Äußerungen an der Wirklichkeit orientieren. Wenn der Dekan dieser (oder irgendeiner anderen) Abteilung in einer öffentlichen Erklärung bewußt die Unwahrheit sagt, werden Interessen der gesamten Universität berührt. Wir sehen uns daher zu folgenden Richtigstellungen der jüngsten öffentlichen Erklärung von Herrn Schnur veranlaßt.

(Wir beziehen uns im folgenden auf die Punkte der erwähnten Erklärung.)

ad 1) Für die Veröffentlichung einer kurzen Analyse der Schriften von Herrn Schnur, deren Aussagen durch genau angegebene Zitate belegt sind, deutet der diffamierende Begriff „agieren“ auf sachfremde Polemik.

ad 2) Herr Schnur hat zwar am 27. 12. 67 eine öffentliche Einladung ausgesandt. Er mußte sich aber dessen bewußt sein, daß sie wegen der Weihnachtsferien für etliche Tage unbekannt bleiben wird. Eine Einladung des Komitees über die Redaktion der Ruhr-Reflexe hätte überzeugender gewirkt.

Es entbehrt jeglicher Grundlage, daß das Komitee im eigenen Interesse Herrn Schnur um Vertagung der Diskussion gebeten habe. Noch haltloser ist die Behauptung, das Komitee habe noch Zeit gewinnen wollen, um alle Schriften von Herrn Schnur studieren zu können.

In Wirklichkeit verhielt es sich folgendermaßen:

Ein Redaktionsmitglied der Ruhr-Reflexe hat in einem etwa einstündigen Gespräch Herrn Schnur um eine Verschiebung der Diskussion, um allen an einer solchen Diskussion Interessierten die Möglichkeit zu geben, sich in den Diskussionsstoff einzulesen. Herr Schnur lehnte diese Bitte ab mit der Begründung, er habe im ganzen Semester keinen freien Termin mehr.

Eine weitere Bitte um Verschiebung wurde Herrn Schnur durch den Brief eines Fachschaftsvertreters der Abteilung VIII vorgebracht. Auch in dieser Bitte wurde betont, daß unter öffentlicher Diskussion ein Gespräch zwischen Informierten verstanden wird und daß daher allen eventuellen Diskussteilnehmern die Gelegenheit gegeben werden sollte, sich einzulesen. Herr Schnur hat es nicht für nötig befunden, auf diesen Brief zu reagieren.

ad 3) Daß sich von studentischer Seite niemand der Diskussion entziehen wollte, hätte Herrn Schnur schon dadurch deutlich werden müssen, daß zusammen mit der Bitte um

Verschiebung seine Einladung zur sachlichen Auseinandersetzung sehr begrüßt wurde. Das Komitee wird gewiß noch zeigen, daß es sehr wohl in der Lage ist, seine Vorwürfe öffentlich zu diskutieren und noch einmal zu begründen.

ad 4) Das Komitee hat hauptsächlich mit Zitaten von Herrn Schnur selbst auf ihn geworfen. Wenn Herr Schnur das als Dreck bezeichnet, fällt das nicht notwendigerweise auf das Komitee zurück.

ad 5) Es handelt sich bei der Veröffentlichung des Artikels keineswegs „um den verzweifelten Versuch eines Gruppchens...“ Vielmehr scheint Herr Schnur zu versuchen, die Informiertheit auf eine kleinere Gruppe zu beschränken, indem er die Diskussion zeitlich so anberaumt, daß eine breite vorherige Information ausgeschlossen ist. Damit gibt er als Professor den Studenten gerade nicht das, „was sie von mir erwarten“.

Völlig unbegreiflich bleibt, wie Herr Schnur wissenschaftliche Angriffe auf den Inhalt seiner Schriften als einen Versuch bezeichnen kann, „die Entwicklung eines der interessantesten Reformvorhaben in den deutschen Universitäten, nämlich die Bochumer Abteilung für Sozialwissenschaft, aufzuhalten“. Hier liegt eine nicht ungefährliche Identifizierung vor.

ad 6) Daß für Herrn Schnur die Sache erledigt sein soll, nachdem er jedem Gespräch ausgewichen ist, (die Wortmeldung aus dem Publikum nach seiner Erklärung hat er sichtlich registriert und übergangen), ist unverständlich.

Herr Schnur hat eindeutig gezeigt, daß er nicht gewillt ist, sich der Diskussion mit einer gut informierten Öffentlichkeit zu stellen. Daß er genau wußte, daß er am 10. 1. 1968 nicht zu einer Diskussion erschien, bewies er dadurch, daß er bereits hektographierte polemische „Erklärungen“ gegen das von ihm der Feigheit bezichtigte Komitee mitbrachte. Wäre ihm wirklich an einer sachlichen Auseinandersetzung gelegen, hätte er — spätestens nachdem ihm bewußt war, daß es an diesem Termin zu keiner Diskussion kommen werde — über einen neuen Termin mit sich sprechen lassen. Es dürfte ohnehin eine Mindestforderung für jeden normalen Umgang mit anderen Menschen sein, daß man sich mit einem Eingeladenen über den Einladungsstermin verständigt. Eine solche Umgangsform erübrigt sich lediglich bei autoritärem Abhängigkeitsverhältnis.

Wir kündigen hiermit an, daß wir Herrn Schnur möglichst noch in diesem Semester zu einer öffentlichen Diskussion über den Inhalt des erwähnten Artikels in den Ruhr-Reflexen einladen werden.

Polizei hat Zutritt

MÜNCHEN. (dpa) — Die Universitäten in der Bundesrepublik sind für die Polizei kein extraterritoriales Gebiet. Zu diesem Ergebnis kam eine Untersuchung der Universität München.

„Zu öffentlichen Veranstaltungen in der Universität hat jedermann Zutritt. Wir nehmen keine Ausweiskontrolle vor, also kann man auch einem Polizeibeamten nicht verwehren, was allen anderen, auch Nicht-Studenten, zugebilligt wird“, erklärte ein Sprecher der Universität. Es sei jedoch eine Frage der Übereinkunft, ob die Polizei von ihrer Anwesenheit den Rektor oder die Universitätsverwaltung verständigt sollte.

Vietnam nicht entwicklungsfähig?

BOCHUM. (BSZ) — Das Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik an der RU macht in der Fachwelt von sich reden. Zu der Arbeitstagung vom 16. bis zum 19. Januar „Deutsche und amerikanische Bemühungen beim Aufbau der Entwicklungsländer“ wurden einige der namhaftesten Gelehrten gewonnen.

Durch Vermittlung des U. S. Information Service nehmen verschiedene amerikanische Experten an der Tagung teil, „die sonst nicht zu bekommen sind“, wie die Veranstalter versichern. Die Zusammenarbeit wurde auch durch persönliche Beziehungen Bochumer Professoren zu Kollegen in den USA erleichtert, vor allem des Direktors des Instituts, Prof. Kraus.

U. a. wird Bundesminister Wischniewski die Tagung eröffnen. Verschiedene Referenten seines Hauses kommen zu Wort. Die Themen reichen von theoretischen Konzepten der beiden Staaten bis zur Behandlung praktischer aktueller Entwicklungshilfe (Allianz für den Fortschritt, Peace-Corps, Rourkela-Projekt).

An eine spezielle Auseinandersetzung mit den revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt ist nicht gedacht; an das Beispiel Vietnam schon gar nicht. Der Besuch von Studenten ist hochwillkommen. Die Tagung findet im Von-Hardenberg-Haus statt.

Das Druckhaus für anspruchsvolle Kunden

Druckhaus Schürmann & Klagges

Bochum
Hans-Böckler-Straße 12-16
Ruf 6 47 46-48

Aufgeschnappt

Eingeweihte wunderten sich, wieso Anzeigen des Bärmeier & Nickel-Verlages in die letzte Ausgabe des „Studenten-Anzeigers“ kamen. PARDON gab in der Januar-Ausgabe einige Aufschlüsse: „Das kam so: Die Werbeabteilung — euphorisch gestimmt wie Werbeabteilungen zu sein pflegen — hatte den Sieg der Linken über Deutschlands Studenten-Traditionen für vollendete Tatsache gehalten. Peinlich für uns.“

BSZ-Redakteur Ulrich Dröge, 23, interviewt den Rektor der RU, Prof. Kurt Biedenkopf, 37, zur Godesberger Rektoren-Erklärung vom 6. Januar: „Aus den Zeitungsberichten und den Formulierungen zu schließen, sind offenbar viele Ihrer eigenen Gedanken in die Erklärung eingeflossen?“ — Biedenkopf spontan: „Leider nur teilweise!“

Unter dem ersten Flugblatt der Juristen, die eine modifizierte Parität der akademischen Gremien anstreben, waren die Autoren (Breland, Dilcher, Fischer, von Münch, Versteil) alphabetisch ohne Statusbezeichnung genannt. Dilcher und von Münch sind Professoren. Wie Prof. Dilcher in einem Gespräch mit der BSZ erzählte, habe ein Kollege ihn schriftlich aufgefordert, es müsse unbedingt klargestellt werden, daß (der Student) „Breland nicht Dekan der Abteilung“ sei...

Einige Rätsel gab Prof. Koselleck (Institut für Politische Wissenschaft) seinen Studenten auf, die vor Weihnachten folgenden Anschlag lasen: „Hiermit weise ich darauf hin, daß die in der Weihnachtswoche stattfindenden Seminare und Übungen nicht stattfinden.“

Ehrendoktor

Die Fakultät der Abteilung für Geschichtswissenschaft hat dem in New Haven/USA lebenden Maler und Kunsttheoretiker Dr. h.c. Josef Albers in Anerkennung seines Buches „INTERACTION OF COLOR“ (Yale-University-Press 1963) den Dr. phil. honoris causa angetragen. Dr. Albers hat die ihm angetragene Ehrung angenommen. Albers wurde 1888 in Botrop geboren. Er wirkte von 1923 bis 1925 in Weimar als Bauhausgesele und von 1925 bis 1931 in Dessau als Bauhausmeister. 1933 emigrierte Albers in die USA.

Alles klar

Die F.A.Z. hat es herausgebracht. Jetzt wird verständlich, weshalb in Berlin, Hamburg, Göttingen, Frankfurt, Tübingen die Studenten so „unruhig“ sind: „Die Sprüche des chinesischen KP-Vorsitzenden Mao-Tse-tung, auf 370 Seiten dargeboten und zu Preisen zwischen 1,10 und zwei Mark zu haben, erleben besonders in den Universitätsstädten der Bundesrepublik einen beispiellosen Boom. Nach Expertenschätzungen sind die ‚Worte des Vorsitzenden Mao-Tse-tung‘ im vergangenen Jahr in 100 000 Exemplaren unter die Leute gebracht worden. Die Käufer rekrutieren sich besonders aus Studentenkreisen“, schrieb die F.A.Z. am 7. Dezember. „... scheint zu einer Art Vademekum in jeder Lebenslage zu werden.“

Die Redaktion der BSZ gesteht zerknirscht, daß sie auch zu jenen „Kreisen“ zählt, die das rote Büchlein besitzt. Daraus möchten wir ein Wort des Vorsitzenden Mao der F.A.Z. entgegenschleudern: „Die Dinge in der Welt sind kompliziert, sie werden von allen möglichen Faktoren bestimmt. Man muß die Probleme von allen Seiten betrachten und nicht nur von einer einzigen.“ (Mao am 17. Oktober 1945). Klar?

Prädikat ZUNGENMILD

EXCLUSIV Tobacco

von DM 2,- bis DM 6,-

Gratisprobchen durch EXCLUSIV TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568

Dieser Auflage liegt ein Prospekt der Westfalenbank bei. Wir bitten um Beachtung.

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität.

Vorsitzender: Reinhard Zimmermann
Redaktion: Ulrich Dröge und Rolf Hüper
Anzeigenleitung: Christine Schipplück
Mit Namen gerechnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstr. 66 (Ruhr-Universität), Telefon 51 13 55.
Bankverbindung: Westfalenbank AG, Kontonr. 906 859
Druck: Druckhaus Schürmann & Klagges, Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16, Ruf 6 47 46-48, Telex 0 825 514.

WELLAUER'S

PIPE TOBACCO

ENGLISH BLEND 3.50 DM

Gratisprobchen
PLANTA · TABAK · BERLIN 61

... gleich neben der Mensa

IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER

463 BOCHUM-QUERENBURG
Lennershofstraße 70 - Telefon 51 13 60

Wer **ADLER** schreibt bei **ADLER** bleibt!

Miete - Mietverkauf

LOEWE

Adolf Loewe

Bochum
Kortumstraße 95
Ruf 62341

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla

SCHAUSPIELHAUS

RIGOLETTO (G)
DIE RATTEN
DER BARBIER VON SEVILLA (G)
WEEKEND IM PARADIES

ROSENKRANZ UND GULDENSTERN
SOLDATEN
HEIRATSKOMODIE
7. HAUPTKONZERT

KAMMERSPIELE

ODIPUS TYRANN
GANZE TAGE IN DEN BRÄUMEN
HALB AUF DEM BAUM
SOLDATEN

SPIELPLAN für die Zeit vom 15. bis 29. Januar 1968

15. 1. (Mo.)
16. 1. (Di.) zum letzten Mal
17. 1. (Mi.) — Sonderpreise für die Ruhr-Uni
18. 1. (Do.), 19. 1. (Fr.), 22. 1. (Mo.),
27. 1. (Sa.), 28. 1. (So.), 16.30 u. 20.00 Uhr,
29. 1. (Mo.)
20. 1. (Sa.), 23. 1. (Di.)
21. 1. (So.)
24. 1. (Mi.), Premiere
25. 1. (Do.), 26. 1. (Fr.)

21. 1. (So.)
15. 1. (Mo.)
22. 1. (Mo.), 27. 1. (Sa.)
26. 1. (Fr.)

Beginn der Vorstellungen: 20 Uhr, sofern nicht anders angegeben.
Karten für Studierende 50% ermäßigt. Anrechtsscheine auf Eintrittskarten sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen.